

großes, unter seiner Souveränität stehendes Gebiet übertragen. Alle Siedlungen, die sich jenseits der vereinbarten Grenzlinie befinden, werden geräumt. Sicherheitsvereinbarungen, die Wasserfrage, die Frage der Grenzübergänge zwischen Palästina und Jordanien, sind vor allem technischer Natur und werden auf Grundlage von Lösungen geregelt, die bereits im Interimsabkommen von 1995 beschlossen wurden. Die palästinensischen Flüchtlinge erhalten für ihr verlorenes Eigentum und für das erlittene Leid eine Entschädigung; ihre Ansiedlung erfolgt im palästinensischen Staat, in ihren derzeitigen Aufenthaltsländern, in Drittländern, die bereit sind, sie auf Grund von Quoten aufzunehmen, sowie in Israel auf der Grundlage einer souveränen Entscheidung seiner politischen Instanzen. Dabei werden die durchschnittlichen Aufnahmequoten der Drittländer berücksichtigt. Jerusalem wird geteilt, wobei die jüdischen Viertel zu Israel und die arabischen Viertel zu Palästina gehören werden. Der Tempelberg wird unter palästinensischer Souveränität stehen, während für die Klagemauer die israelische Souve-

ränität gelten wird. Archäologische Ausgrabungen werden nur mit gegenseitigem Einverständnis durchgeführt und die heiligen Stätten frei zugänglich sein.

Dies sind die Genfer Vereinbarungen. Sie sind weder Bibel noch Koran. Vielleicht würden offizielle Verhandlungen zwischen den Parteien zu geringfügig anderen Vereinbarungen führen, doch das große Geheimnis haben wir schon gelüftet: Es ist möglich, den Konflikt zu lösen, und die Lösung wird zu einer *win-win*-Situation führen. Je schneller wir zu einer Lösung kommen, desto besser. Und dies wird dann geschehen, wenn an der Spitze der PLO eine national-säkulare Gruppe steht und zur israelischen Führung ehemalige *Likud*-Politiker gehören, die ihren langjährigen Irrtum eingesehen haben. Die Zeit läuft aber gegen die Friedensstifter. Der religiöse Extremismus mit seiner Verachtung für den Frieden und dem Warten auf den Messias lauert überall. Und bis dieser kommt, wird, Gott behüte, ein Ozean von Blut vergossen werden.

(Übersetzung aus dem Hebräischen von Nicholas Yantian.)

*Abdallah Al-Frangi*

## Die Hoffnung stirbt zuletzt

*Am 14. Mai 1948 rief David Ben Gurion den unabhängigen Staat Israel aus. Während für die Juden ein zionistischer Traum Wirklichkeit wurde, begann für die palästinensische Bevölkerung eine Katastrophe (Al-Nakbah). Vertreibung, Flucht, Not und Elend waren die Folgen. Doch auch wenn seither die Voraussetzungen für ein friedliches Miteinander nicht gegeben waren, der Frieden wird kommen.*

Aus dem grausamen Holocaust, der in Europa stattfand, erwuchs ein tiefes Bedürfnis, eine Verpflichtung zur »Wiedergutmachung« an den Juden. Dadurch legitimierte die Weltgemeinschaft mehrheitlich die Gründung des Staates Israel, der für die Juden weltweit als nationale Heimstätte gedacht war. Der Teilungsplan

### Abdallah Al-Frangi

(\* 1943) ist seit 1998 Mitglied des Zentralkomitees der PLO. Er war von 1993-2005 Generaldelegierter Palästinas in Deutschland und leitet seit 2007 die außenpolitische Abteilung der *Fatah* in Ramallah.

alfrangi@gmail.com

der UNO für Palästina von 1947, der zwei Staaten vorsah, einen palästinensischen und einen israelischen, und dem die Mehrheit der Mitglieder zustimmten, löste aber den ersten israelisch-arabischen Krieg aus. Seither drehte sich die Gewaltspirale weiter, blutige Kriege fanden statt.

### **Die Lage der Palästinenser ist verzweifelt**

Zur Feier des 60. Jahrestages der Staatsgründung Israels besuchten Staatsoberhäupter und Würdenträger aus aller Welt das Land, sprachen ihre Glückwünsche aus und versicherten ihre uneingeschränkte Solidarität und Unterstützung. Wir Palästinenser nehmen das zur Kenntnis, vermissen jedoch die kritische Solidarität mit dem Staat Israel. Wo bleibt der Hinweis auf Einhaltung der Menschenrechte, die Kritik an der Siedungspolitik, am Bau der Mauer auf palästinensischem Boden?

60 Jahre Israel ist ein Anlass, auf die Situation der Palästinenser hinzuweisen und die Aussichten auf einen Frieden zu beleuchten. Die Lage der Palästinenser ist verzweifelt. Bis heute leben sie unter israelischer Besatzung, sind den Demütigungen und der Willkür der Besatzungsmacht ausgeliefert. Ihre Infrastruktur ist zerstört, sozial und wirtschaftlich sind sie perspektivlos. Das Westjordanland ist von Gaza getrennt, die Westbank durch israelische Siedlungen zerstückelt. Fast 600 Checkpoints machen Bewegungsfreiheit unmöglich. Die Abriegelungen des Gazastreifens, Sperrung von Wasser und Strom, haben zu einer humanitären Katastrophe geführt. Positive Nachrichten sind auch zum 60. Jahrestag des israelischen Staates nicht zu vermelden.

In Anbetracht der verzweifelten Lage der Palästinenser stellt sich die Frage, ob es überhaupt noch Hoffnung auf einen gerechten und dauerhaften Frieden geben

kann. Einen Frieden, der beiden Seiten, Palästinensern und Israelis, gerecht wird.

Das ist durchaus möglich, denn eigentlich wissen die Beteiligten, wie dieser Frieden aussehen soll. Und hier stimme ich Avi Primor zu, dass es keinen Mangel an vernünftigen und vor allem auch realisierbaren Lösungsvorschlägen gibt, deren Kernelemente sich ähneln. Der weitreichendste Vorschlag wurde 2002 vom saudischen Königshaus vorgestellt und von der Arabischen Liga akzeptiert. In diesen Plan wurden alle arabischen Nachbarstaaten eingebunden. So wurde Israel bei Räumung der besetzten Gebiete in den Grenzen von 1967 eine vollkommene wirtschaftliche und diplomatische Anerkennung und sichere Grenzen zugesichert. In Verbindung mit der »Genfer Initiative« wäre das eine akzeptable Lösung für Israelis und Palästinenser und würde die Beendigung des Konflikts bedeuten.

### **Versäumnisse auf allen Seiten**

Warum also ist bis jetzt nichts geschehen, endeten alle Verhandlungen in einer Sackgasse? Ursächlich hierfür sind zum einen die innenpolitischen Probleme und Versäumnisse in Israel, genau wie bei den Palästinensern. Sie haben dazu beigetragen, den Friedensprozess zu lähmen und die Friedensgegner zu stärken. So hat Olmert es versäumt, den völkerrechtswidrigen Siedlungsbau zu stoppen. Auch hat er es versäumt, den Palästinensern gegenüber Zugeständnisse zu machen. Die Friedensabsichten Olmerts, nach außen vorgetragen, waren nicht überzeugend und konnten durch die Zerstrittenheit seiner eigenen Koalition nicht umgesetzt werden. Auch Olmerts Bestreben, durch besonders hartes Vorgehen gegen die palästinensische Bevölkerung innenpolitisch zu punkten, ist fehlgeschlagen. Dadurch hat er im eigenen Lager keine Stimmen gewonnen, jedoch die Position seines wichtigsten Ver-

handlungspartners, Mahmoud Abbas, geschwächt und somit zur Radikalisierung beigetragen.

Auch auf palästinensischer Seite sind Versäumnisse nicht zu verleugnen. So hat *Fatah* über Jahre hinweg die Parteiarbeit vernachlässigt, notwendige Reformen nicht durchgeführt und viel Spielraum für Korruption gelassen. Das alles und fehlende Erfolge in der Umsetzung des Osloer Abkommens hat dazu geführt, dass wir für die Politik des Ausgleichs, der Verhandlungen mit Israel, keinen Rückhalt mehr bei der palästinensischen Bevölkerung hatten. Daher ging *Hamas* als Sieger aus den Wahlen von 2006 hervor, was einen Bürgerkrieg auslöste. Auch anstehende Wahlen, in Israel und bei den Palästinensern, lähmen die politische Handlungsfähigkeit der Kontrahenten. Die Fronten sind verhärtet. Zur Zeit kann weder die palästinensische, noch die israelische Führung bei politischen Zugeständnissen an die Gegenseite, mit Unterstützung der eigenen Bevölkerung rechnen.

In diesem Punkt hat das Nahost-Quartett versagt, weil es zu wenig Druck auf beide Seiten ausgeübt hat, bereits geschlossene Verträge umzusetzen. Auch die Rolle der EU war bis jetzt eher verhalten. Außer bloßen Lippenbekenntnissen und großzügiger humanitärer Unterstützung hat es kaum Anstrengungen gegeben, eine politische Lösung herbeizuführen. Dadurch ist viel Zeit, zuviel Zeit der Handlungsunfähigkeit vergangen.

### **Die Rolle der USA**

Zwar wird sich jetzt auch der amerikanische Präsident seiner Verantwortung bewusst und bemüht sich, noch während seiner Amtszeit einen Friedensschluss herbeizuführen. Dies wird ihm jedoch in dieser kurzen Zeit nicht gelingen. Seine Bemühungen kommen zu spät, sind halbherzig und nicht konstruktiv.

Hinzu kommt, dass die amerikanische Außenpolitik im Nahen Osten, also vor allem die US-Besatzung im Irak, ebenso wie die Auseinandersetzungen über das Atomprogramm mit dem Iran, nicht dazu beiträgt, als glaubwürdiger Verhandlungspartner akzeptiert zu werden. Hier wird eher der Traum der USA von einem »neuen Nahen Osten« unter deren Vorherrschaft deutlich. Wirtschafts- und machtpolitische

Interessen stehen im Vordergrund. Aber gerade aus diesem Grund, um politisch ausgewogener zu handeln und damit an Glaubwürdigkeit in der arabischen Welt zu gewinnen, ist die Rolle der USA von besonderer Bedeutung. Der Nahe Osten ist ein Pulverfass, die Lage äußerst explosiv. Eine friedliche Lösung zwischen Israel und den Palästinensern könnte zu einer Befriedung in der gesamten Region beitragen und wäre der erste Schritt in Richtung eines freien demokratischen Nahen Ostens. Hierin besteht eine Chance. Daher bleibt zu hoffen, dass die USA, wahrscheinlich erst nach den Wahlen, ihr ganzes politisches Gewicht in eine Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts legen werden.

### Es liegt an Israel

Das setzt aber auch voraus, dass Israelis und Palästinenser diesen Schritt unterstützen und die Voraussetzungen dafür schaffen. Die Palästinenser sind in der schwächeren Position, sie haben alles verloren. Es liegt also an Israel, Zugeständnisse zu machen. Von israelischer Seite wird immer behauptet, dass ein Rückzug aus den besetzten Gebieten die Sicherheit Israels in Frage stelle. Als Beispiel hierfür wird die Räumung des Gazastreifens genannt, von wo aus wiederholt israelische Wohngebiete mit *Kassam*-Raketen beschossen wurden. Dabei wird mit keinem Wort erwähnt, dass die Räumung des Gazastreifens einseitig, ohne Absprache mit der palästinensischen Führung vorgenommen wurde. Die palästinensische Autonomiebehörde war mit der ganzen Situation überfordert und handlungsunfähig. Es war ihr gar nicht möglich, Sicherheitsmaßnahmen zu ergreifen. In diesem Zusammenhang ist es bedeutsam, darauf hinzuweisen, dass das Erstarken der *Hamas* das Ergebnis israelischer Besatzungspolitik ist. Auch ist Israel für die Aufrüstung der *Hamas*-Milizen

mitverantwortlich, weil sie nach dem Abzug aus dem Gazastreifen keine internationalen Beobachter zuließ. Auch hat Israel keine ernsthaften Anstrengungen unternommen, den Waffenschmuggel an der *Philadelphia-Line*, der Grenze zu Ägypten, zu unterbinden. Hier ist wichtig, zu erwähnen, dass die israelische Regierung, während sie von der Sorge um sichere Grenzen spricht, zugleich Fakten schafft, die eine friedliche Lösung immer unwahrscheinlicher machen. So werden die Siedlungen erweitert und der Bau der Mauer vorangetrieben. Hier stellt sich die Frage der Glaubwürdigkeit nach den tatsächlichen Friedensabsichten.

Das Sicherheitsbedürfnis der israelischen Bevölkerung ist durchaus verständlich, und auch berechtigt. Israel hat ein Anrecht darauf, in sicheren Grenzen leben zu dürfen. Dieses Problem ist aber an dem Tag gelöst, an dem es zwei gleichberechtigte Staaten mit gleichen Rechten und Pflichten gibt. Dann ist die Sicherheit Israels nicht mehr in Frage gestellt. Es ist also nicht die Sicherheitsfrage, die einen Friedensschluss nicht zustande kommen lässt. Vielmehr ist das größte Hindernis für die Umsetzung bestehender Friedensverträge die regionale Großmachtspolitik Israels und seine Weigerung, Resolutionen der Vereinten Nationen anzuerkennen. Israel ist inzwischen die stärkste Militärmacht der Region, verfügt über Nuklearwaffen und hat mächtige und einflussreiche Verbündete weltweit. Kein arabisches Land bedroht ernsthaft die Existenz Israels. Ganz im Gegenteil, die Aufnahme staatlicher, also wirtschaftlicher und diplomatischer Beziehungen zu Israel, ist in der arabischen Welt mehrheitsfähig. Die PLO hat Israel bereits seit 1993 anerkannt und es bleibt nur eine Frage der Zeit, wann *Hamas* diesem Beispiel folgen wird. Außerdem ist Israel von einer starken Wirtschaft geprägt und verfügt über eine hervorragende Infrastruktur. Gerade aus dieser Stärke heraus sollte Israel eine aktivere Rolle übernehmen,

Zugeständnisse machen und den Friedensprozess vorantreiben. Im eigenen Interesse muss Israel einen lebensfähigen, unabhängigen palästinensischen Staat zulassen. Die demografische Entwicklung verdeutlicht dies. Denn durch die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustands, also als Besatzungsmacht, läuft Israel Gefahr, weltweit an Glaubwürdigkeit und Ansehen zu verlieren.

### **Ohne Frieden gibt es keine Sicherheit**

Festzuhalten bleibt: Zum jetzigen Zeitpunkt können weder die Palästinenser, noch Israel alleine eine Lösung des Konflikts herbeiführen. Dazu sind die Fronten zu verhärtet, Misstrauen und Verletzungen sitzen bei beiden Völkern sehr tief. Hier bedarf es der nachdrücklichen Unterstützung des Nahost-Quartetts (USA, EU, Russische Föderation und UN). Die Zeit drängt, der jetzige Zustand ist gefährlich. Da aber die arabische Welt, genau wie das Nahost-Quartett, ein großes Interesse an einer friedlichen Lösung hat, ist der Zeitpunkt des Handelns gekommen. Die Vision der Lösung, von zwei Staaten für zwei Völker, muss Wirklichkeit werden. Ein »Fahrplan«, um zum Ziel zu gelangen, ist nicht mehr ausreichend. Was wir brauchen, ist ein Schnellzug, der uns direkt zum Ziel führt. Das Ziel ist ein Ende der Besatzung und ein gerechter und dauerhafter Frieden. Grundlage hierfür sind Beschlüsse der UNO, also zwei selbstständige lebensfähige Staaten in den Grenzen von 1967 mit gegenseitiger Anerkennung. Eine internationale Friedenstruppe könnte die Sicherheitsbelange beider Seiten garantieren und somit die Umsetzung des Friedensabkommens positiv unterstützen. Natürlich müssen die Siedlungen geräumt, gegebenenfalls muss über einen Gebietstausch gesprochen werden. Auch für die Verteilung des Wassers muss eine Lösung gefunden

werden. Ostjerusalem wird Hauptstadt eines palästinensischen Staates, der Zugang zu den Heiligtümern der Weltreligionen muss sichergestellt werden. Das größte Problem sind die palästinensischen Flüchtlinge. Hier sollten auch die arabischen Staaten Lösungsvorschläge anbieten und die Lebensbedingungen der dort lebenden Menschen nicht nur erträglich machen, sondern sie verbessern. Solidaritätsbekundungen der arabischen Brüder sind nicht mehr ausreichend. Es wird viele Palästinenser geben, die in den benachbarten arabischen Ländern bleiben möchten. Aber der Zugang nach Palästina darf den Vertriebenen nicht verwehrt werden. Auch über Ausgleichszahlungen muss gesprochen werden. Die Flüchtlingsfrage ist sicher der schwierigste Punkt, aber auch der ist lösbar. Es kann schließlich nicht angehen, dass, aus der zionistischen Ideologie heraus (Rückkehrgesetz von 1950), jeder Jude, egal aus welchem Herkunftsland, ein Anrecht hat in Israel zu siedeln, während dem Palästinenser, der aus seiner Heimat vertrieben, der enteignet wurde, die Rückkehr verwehrt wird.

Die internationale Gemeinschaft hat mehrheitlich zur Errichtung des Staates Israel beigetragen, ihn unterstützt, zu militärischer Stärke und wirtschaftlichem Erfolg verholfen. Nun ist diese Gemeinschaft aufgefordert, Verantwortung zu übernehmen und die Palästinenser beim Aufbau eines eigenen Staates, der tatsächlich über alle Attribute eines Staates verfügt, zu unterstützen. Ohne Frieden kann es keine Sicherheit geben. Auch nicht für Israel. Aber dieser Frieden wird kommen. Denn kein Palästinenser wird zur Waffe greifen, wenn er eine Perspektive hat, in Freiheit und Würde in einem eigenen Staat, mit international anerkannten Grenzen, leben zu können. Dann werden auch radikale Gruppierungen keine Unterstützung mehr finden.

Die Hoffnung stirbt zuletzt, vorsichtiger Optimismus ist angesagt.